

"NATO geht baden" unzufrieden über Gespräche mit Versammlungsbehörde

Karlsruhe (ps) - Am Mittwoch, 18. März, fand im Regierungspräsidium Karlsruhe ein Kooperationsgespräch mit dem Bündnis "NATO geht baden" statt, in dem die von der Gruppe angemeldeten Versammlungen - ein Infopunkt vom 2. bis 3. April sowie eine Demonstration am 3. April - erörtert wurden.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist für Demonstrationen in der Zeit des NATO-Gipfels als zentrale Versammlungsbehörde tätig und hat in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob die Durchführung einer Versammlung die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet. Im Rahmen dieser Prüfung führt das Regierungspräsidium Karlsruhe zur Zeit Gespräche mit Veranstaltern, die eine Demonstration im Rahmen des NATO-Gipfels angemeldet haben. Gegenstand dieser Gespräche sind die Planungen der Versammlungsmelder, aber auch die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die aktuellen polizeilichen Gefahreinschätzungen.

Aus der Sicht des Bündnisses "NATO geht baden" brachte das Kooperationsgespräch beim Regierungspräsidium nicht das gewünschte Ergebnis eines Infopunktes in der Oosau und einer Demonstrationsroute direkt ins Stadtzentrum von Baden-Baden. In einer Pressemitteilung erklärte "NATO geht baden", es sei zu erkennen gewesen, dass man es den Demonstranten so schwer wie möglich machen wolle, ihren Protest zu artikulieren. Auch wolle man ihnen "Orte der Erholung und des deeskalierenden Sich-Herausnehmens aus stressigen Situationen" rund um das Gipfelgeschehen, beispielsweise in Form eines Infopunktes, verweigern.

Regierungspräsidium weist Vorwürfe zurück

Das Regierungspräsidium wies, ebenfalls in einer Pressemitteilung, den Vorwurf, das Kooperationsgespräch am 18. März habe einen unsachlichen Verlauf genommen, entschieden zurück. Soweit die Gruppe Enttäuschung über das Ergebnis dieses Gespräches äußere, nehme das Regierungspräsidium Karlsruhe zu den sachlichen Hintergründen wie folgt Stellung:

Der von den Anmeldern für den Infopunkt gewünschte Standort in der Oosau wurde aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Zum einen seien Teile dieses Gebietes Überschwemmungsflächen für die Oos. Außerdem sei bereits seit längerem geplant, auf dieser Fläche während des NATO-Gipfels einen Rettungshubschrauber zu stationieren, um trotz der zu erwartenden schwierigen Verkehrsverhältnisse in Baden-Baden und Umgebung die schnelle notärztliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Hinzu komme, dass die städtische Polizeiverordnung das Zelten in öffentlichen Grünanlagen untersagt. Die Stadt Baden-Baden als Eigentümerin der Fläche hat die von der Gruppe gewünschte Inanspruchnahme der Fläche abgelehnt, da sie eine Beschädigung der Anlage befürchtet, insbesondere bei nasser Witterung.

Teile der Demonstrationsstrecke liegen in Sicherheitszone

Als Alternative sei der Gruppe eine zirka 1.000 Quadratmeter große asphaltierte Fläche auf dem Bahnhofsvorplatz in Baden-Oos angeboten worden, mit der Möglichkeit, die dort

vorhanden Stromanschlussmöglichkeiten zu nutzen. Nach Ansicht des Regierungspräsidiums sei die Fläche aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu Zug- und Busbahnhof als Standort für einen Infopunkt für anreisende Versammlungsteilnehmer gut geeignet. In einem gemeinsamen Ortstermin mit den Versammlungsanmeldern, der Polizei und der Stadt Baden-Baden am 17. März wurde die Fläche der Gruppe vorgestellt, im Gespräch am 18. März dann jedoch von dieser für die von ihr geplanten Zelte mit einer Grundfläche von insgesamt etwa 200 Quadratmetern als zu klein abgelehnt.

Hinsichtlich der am 3. April angemeldeten Demonstration vom Infopunkt über die Rheinstraße zum Kurhaus in Baden-Baden seien dem Bündnis im Gespräch am 18. März die Gründe erläutert worden, warum die gewünschte Strecke nur bis zum Bernhardusplatz führen könne. Die Demonstration sei zu einer Zeit geplant, an der die Staatsgäste und deren Delegationen in Baden-Baden eintreffen, die Zufahrtsstraßen stünden daher für Demonstrationen nicht zur Verfügung. Zudem lägen Teile der Aufzugsstrecke in der für den Schutz der Gipfelteilnehmer unbedingt notwendigen Sicherheitszone um das Kurhaus.

Nach Angaben des Regierungspräsidiums war Gegenstand des Gesprächs auch Ankündigungen in Presse und Internet einzelner Vertreter der Versammlungsanmelder, dass konkret Blockadeaktionen unter anderem auch in Baden-Baden durchgeführt werden sollen. Das Regierungspräsidium hätte darauf hingewiesen, dass einerseits das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist, dass die Rechtsprechung aber auch der ungestörten Durchführung von staatlichen Veranstaltungen eine hohe Bedeutung zumesse.